

Gedanken zum bevorstehenden Weihnachtsfest – Hoffnungen und Wünsche für 2004

von Horst Parton, Vorsitzender der ISOR e.V.



Indem wie die Zeit vergeht. Allerlei Gedanken gehen einen durch den Kopf, wenn man das Jahr 2003 betrachtet. 13 Jahre Deutsche Einheit.

12 Jahre Kampf von ISOR um die Beseitigung von Rentenstrafrecht und Versorgungsbenachteiligung.

Noch immer ist die Politik nicht bereit, diesen Zustand im Interesse aller Betroffenen zu ändern, warten wir immer noch auf eine höchststrichterliche Entscheidung für die vollständige Wiederherstellung der Wertneutralität des Rentenrechts. Die Diskriminierung, Verleumdung und Ausgrenzung der ehemaligen Angehörigen der Schutz- und Sicherheitsorgane der DDR hält unvermindert an.

Und was ist mit den uns Regierenden in Berlin? Reformen sind angesagt. Regierungsparteien und Opposition ringen miteinander. Im Klartext: Sie ringen um den besten Weg zum Sozialabbau. Betroffen sind vor allem die Armen und Schwachen, die Arbeitslosen, die Rentner und der Teil der noch in Arbeit stehenden Menschen mit kleinen und mittleren Arbeitseinkommen.

Andererseits werden Unternehmen und Spitzenverdiener in Wirtschaft und Politik mit Steuerentlastungen bedacht. Wer die Vermögenssteuer tabuisiert und gleichzeitig die Sozialhilfe und die Renten kürzt macht klar, für welche Politik er steht, wessen Interessen er vertritt.

Die zur Zeit Regierenden und die konservative Opposition – in treuer Eintracht mit den eigentlichen Machthabern in unserem Lande, den Bossen von Konzernen, Banken und Versicherungen – machen Ernst!

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Politik des Sozialstaates ihnen immer hinderlicher wird. Das gegenwärtige Verhandlungswirrwarr in den Vermittlungsausschüssen kann eher zu Verschlechterungen als zu Verbesserungen in der künftigen Sozialgesetzgebung führen. Das Mißtrauen wächst. Der einfache Bürger verliert den Glauben daran,

dass die jetzt Regierenden für soziale Gerechtigkeit stehen. Viele gehen nicht mehr zur Wahl. Andere wählen die herkömmlichen Vertreter der Unternehmer und des Kapitals und meinen wohl: lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende.



Das ganze Gerede von Modernisierung und Reformpolitik entpuppt sich wieder einmal als ein mehr oder weniger verschleierte, brutaler Griff in die Taschen der Mehrzahl der Bundesbürger.

Sozialpolitik ist Verteilungspolitik, aber die Herrschenden sind nicht bereit, trotz der ungeheuerlich gestiegenen Profite das Notwendige für die Gesundheit und das Leben im Alter der einfachen Menschen oder gar zur Überwindung von Armut zu tun. Die Raublust der Kapitalisten ist global und national entfesselt, seit sie keinen echten Gegner mehr haben. Und das

Kuriosum, wir Ostdeutschen erleben diesen Kapitalismus ohne nennenswerte eigene Kapitalisten, wie es Daniela Dahn so treffend formulierte.

Es stellt sich die Frage: Wie weiter?

An uns allen liegt es, diese antisoziale Politik gemeinsam in Solidarität mit den Gewerkschaften, Verbänden und Vereinen weiter aktiv zu bekämpfen, bis die politischen Parteien und ihre Führungen wieder ihre soziale Verantwortung wahrnehmen.

Es wird von dem Wollen und Vermögen der Gewerkschaften, der Sozialverbände und Sozialvereine abhängen, eine »Allianz gegen den Sozialabbau« in der BRD zu schaffen. Diese Allianz ist notwendig in den Städten und Gemeinden, den Ländern und auf Bundesebene. In dieser Allianz des Kampfes um soziale Gerechtigkeit versteht sich ISOR e.V. als aktiver Mitstreiter.

Der Vorstand der ISOR e.V. lehnt die unsocialen Pläne der sogenannten Renten- und Gesundheitsreform ab. Wir werden die Eckpunkte

der angedachten Lösungen kritisch ansehen und gemeinsam mit den anderen Vertretern sozialer Interessen der einfachen Menschen für bessere und sozial gerechtere Lösungen eintreten. Der Schutz der kleinen Leute ist für uns die Hauptfrage. Hier binden wir auch unseren Kampf gegen verbliebenes Rentenstrafrecht ein. Wir wenden uns gegen den doppelten Würgegriff des Sozialabbaus durch Renten- und Gesundheitsreform bei Aufrechterhaltung der Rentenstrafe.

Wir leben in einer Zeit der Wirkungen von Wirtschaftskrisen, Globalisierung, verschärft durch die internationale Unsicherheit, die durch den Irak-Krieg und den internationalen Terrorismus hervorgerufen wurde. Das macht unseren Kampf um soziale Gerechtigkeit nicht gerade leichter, aber auch nicht hoffnungslos. Es darf nicht übersehen werden, dass in unserem Land eine gewisse Resignation vorhanden ist, die auch um unsere Initiativegemeinschaft keinen Bogen macht. Die Bundespolitik und auch die Kommunalpolitik haben dazu beigetragen.

Gerade unter diesen Umständen müssen und werden wir stärker auf die Menschen zugehen. Die beispiellose Solidarität der ISOR-Mitglieder wird sich erneut bewähren. Hieraus erwachsen auch neue Anforderungen an den Vorstand der ISOR, die TIG-Vorstände und besonders an die Betreuer und Kassierer.

Die gezielt geführten Angriffe auf den Sozialstaat machen einen noch konsequenteren politischen und juristischen Kampf gegen Rentenungerechtigkeiten und das Rentenstrafrecht erforderlich.

Im Mittelpunkt steht dabei die Sicherung des bisher Erreichten sowie die Aufhebung der Begrenzungsregelungen gemäß § 6 Absatz 2 und 3 sowie des § 7 des 2. AAÜG-Änd-Gesetzes.

Unser weiterer juristischer Kampf gegen das fortbestehende Rentenstrafrecht ist und bleibt vom Ziel bestimmt, durch die Führung von Musterverfahren eine neuerliche Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu erreichen. Von den gegen Entgeltbescheide des Bundesverwaltungsamtes geführten Musterverfahren liegen zehn als Verfassungsbeschwerden dem Bundesverfassungsgericht vor.

Die Aufgabe in allen Verfahren ist es, letztlich acht Richterinnen und Richter des Bundesverfassungsgerichts zu überzeugen, dass anders als 1999 die Einkommensverhältnisse im MfS jetzt geklärt sind und deshalb die Begrenzung auf 1,0 Entgeltpunkte nicht mehr haltbar ist.

Die Rechtsprechung des Bundessozialgerichts hat den Musterverfahren gegen Rentenbescheide große Bedeutung verliehen. Auf deren Führung sind gegenwärtig hauptsächlich die Anstrengungen gerichtet. Voraussichtlich im nächsten Jahr werden Verfassungsbeschwerden nach Entscheidungen von Landesozialgerichten auch in solchen Verfahren möglich sein. Dazu werden zur Zeit 76 solcher Musterverfahren geführt.

In den übrigen Widerspruchs- und Klageverfahren ist im Hinblick auf Verfassungsbeschwerden das Ruhen der Verfahren beantragt. Inzwischen ordnen die Sozialgerichte und Landessozialgerichte auch weit überwiegend das Ruhen der Verfahren an. Trotzdem wird im Rechtsanwaltsbüro hart darum gerungen, dass

sich dieser Praxis alle Gerichte anschließen und es vor allem dabei bleibt, bis das Bundesverfassungsgericht geurteilt hat.

Das Bundesverfassungsgericht wird demnächst über die bestehenden Entgeltbegrenzungen für Generale, Oberste und hochrangige Leiter in DDR-Ministerien entscheiden, also über die so genannten E3-Fälle. Wir erwarten damit einen weiteren Schritt der Beseitigung von Rentenstrafrecht. Zugleich hoffen wir auf ein klärendes Wort des Bundesverfassungsgerichts, damit unser juristischer Kampf gegen die Entgeltbegrenzung für die ehemaligen Angehörigen des MfS/AfNS wieder in überschaubaren Bahnen verlaufen kann. Allerdings wird es noch ein weiter Wege sein, bis auch dieses Rentenstrafrecht gefallen ist. Bis dahin haben wir noch viele Mühen der Ebene zu meistern. Wir sind überzeugt, dass diese Mühen nicht erfolglos sein werden, weil wir uns der Solidarität der Mitglieder unserer Initiativgemeinschaft bewusst, die sie in dieser für uns alle schwierigen Situation, besonders auch gegenüber unseren Rechtsanwälten Bleiberg und Schippert, zum Ausdruck gebracht haben. Das ermöglicht uns im besten Sinne des Wortes den politischen und juristischen Kampf gemeinsam fortzusetzen. Auch politisch werden wir nicht müde werden, die Beseitigung des Rentenstrafrechts – für alle möglichst bald – zu fordern. Auch hier geht es aber um die Überzeugung derjenigen, die Entscheidungsbefugnis besitzen und Mehrheiten bilden können. Sie müssen die Überzeugung gewinnen, dass die pauschale Begrenzung auf 1,0 Entgeltpunkte mindestens auf Dauer verfassungsrechtlich nicht zu halten

ist. Dabei sollen sie erkennen, dass eine Lösung ohne ein erneutes Urteil des Bundesverfassungsgerichts abzuwarten für beide Seiten ausgewogene Vorteile bringen kann.

Selbstlose Arbeit für andere, eine Maxime unserer Initiativgemeinschaft, dafür gebührt allen unser Respekt, unser Dank und unsere Anerkennung.

Wir haben klare Vorstellungen über unsere Ziele. Dazu werden wir unsere juristischen Möglichkeiten voll ausschöpfen und die politischen konsequent nutzen und weiter ausbauen. Seite an Seite kämpfen wir mit zahlreichen Verbündeten. Wir haben, letztendlich – ob die heute darüber zu Befindenden das schon wahrhaben wollen oder nicht – das Recht auf unserer Seite.

Möglicherweise setzt sich diese Erkenntnis bei den Verantwortlichen erst nach längerem Nachdenken und unter dem Druck der Betroffenen durch.

Vieles wird von uns selbst, von unseren nachhaltigen Aktivitäten und deren Wirksamkeit abhängen.

Anlässlich seines 70. Geburtstages erklärte Sean Connery: »Das Wichtigste im Leben ist, dass man aktiv bleibt.« Wir alle sollen uns diese Lebensweisheit zu eigen machen.

In diesem Sinne wünscht der Vorstand der ISOR e.V. und ich persönlich allen Mitgliedern unserer Initiativgemeinschaft und allen, die solidarisch an unserer Seite stehen, ein friedvolles und besinnliches Weihnachtsfest und ein sozialpolitisch und sozialrechtlich erfolgreiches, vor allem ein gesundes Jahr 2004.

Wir wünschen allen Mut zum Kampf und Vertrauen in den Erfolg.

Bericht über die Vorstandssitzung vom 26.11.2003

Von Wolfgang Schmidt, Mitglied des Vorstandes

In der Diskussion des Vorstandes zur »Agenda 2010«, die schon deshalb nicht abgeschlossen werden konnte, weil weitere soziale Grausamkeiten derzeit noch im Vermittlungsausschuss des Bundesrates ausgekugelt werden, wurde völlige Einmütigkeit in wichtigen grundlegenden Positionen erzielt. Die »Agenda 2010« wurde als ein neoliberales Sozialabbauprogramm eingeschätzt, mit dem das seit Bismarck geltende Solidarprinzip ausgehöhlt und sozialstaatliche Prinzipien dem global entfesselten Raubtierkapitalismus geopfert werden. Was als Reform der Arbeitsmarkt-, Renten-, Gesundheits- und Steuerpolitik angepriesen wird, verdient diesen Namen nicht und ist vor allem nicht alternativlos.

Die ISOR verfügt weder über die Potenzen noch sieht sie sich in der Pflicht eigene Gegenkonzepte zu entwickeln. Eine »Agenda ISOR«

kann es und wird es also nicht geben. Als Sozialverband und Vereinigung von Betroffenen werden wir aber – ganz im Sinne unserer politischen Konzeption – die anderen Sozialverbände und die entstehenden sozialen Bewegungen mit allen unseren Möglichkeiten unterstützen, die Zusammenarbeit mit ihnen suchen und dabei die einigenden Elemente stärken.

Die »Agenda Sozial« der PDS betrachten wir als das derzeit überzeugendste alternative Konzept zur »Agenda 2010«, werden aber auch alle anderen Alternativen prüfen und unterstützen, sofern sie auf soziale Ausgewogenheit und Verträglichkeit abzielen.

Nach wie vor bleibt die endgültige Beseitigung des Rentenstrafrechts und der Kampf gegen das Versorgungsunrecht unser Hauptanliegen. Hierbei geht es um die Klärung von

Rechtspositionen und nicht um die Einforderung von Almosen nach Kassenlage. Die Verteidigung der Rechtmäßigkeit der Arbeit der Schutz- und Sicherheitsorgane der DDR gegenüber politischen Verleumdungen nimmt in diesem Kampf einen wichtigen Platz ein.

Der Vorstand nahm einen Bericht zur Mitgliederbewegung entgegen. Danach hatte ISOR mit Stand vom 30.9.2003 25.197 Mitglieder, 913 weniger als am 30.6.2002. Die Zahl der Neuaufnahmen konnte zwar die Zahl der Austritte in etwa kompensieren, jedoch nicht die Zahl der verstorbenen Mitglieder, die sich in den letzten beiden Jahren auf etwa 1000 beziffert. Der Vorstand orientiert deshalb auf eine verstärkte Mitgliedergewinnung, besonders in den rentennahen Jahrgängen.

Der Vorsitzende der AG Recht, Prof. Dr. Rolf Gruner informierte über den Stand der Erarbeitung eines Grundsatzdokumentes zu Fragen der Wertneutralität des Rentenrechts, das als Textmanuskript vorliegt und voraussichtlich im zweiten Halbjahr 2004 veröffentlicht werden kann.

7. Deutscher Seniorentag 2003

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e.V. mit 80 Vereinen und Organisationen, von denen nur wenige in den neuen Bundesländern präsent sind, wie z.B. die SAPG der PDS, die AG SPD 60 Plus und die Volkssolidarität, veranstaltete unter dem Motto: »Senioren – aktiv in Europa« ihren 7. Jahrestag in Hannover. Zur Eröffnung würdigte die Vorsitzende Roswitha Verhülsdonk (ehem. Staatssekretärin im Familienministerium) die Leistungen der Senioren in der Bundesrepublik, die nach dem 2. Weltkrieg den Wiederaufbau forcierten und so zu der »Wirtschaftswundergeneration« (in der alten BRD) gehören und in ihrer Lebensarbeitszeit eine sichere und angemessene Rente/Pension erarbeitet und verdient habe. Leider gab

es zu den bestehenden Problemen und Differenzen in Ost und West keine Aussage.

Die anstehenden Fragen der Gesundheits- und Rentenreform wurden für mich oberflächlich und unverständlich behandelt, da diese ja in 13 Jahren nach der deutschen Einheit in den neuen Ländern einen Zustand erreicht haben, die eine Neuorientierung der einen oder anderen Forderung durchaus rechtfertigt, wie auch bereits in **ISOR aktuell** »Es wird Zeit«, besonders unsere Interessen betreffend, dargelegt wurde.

Joachim Karlick, Dresden, Beiratsmitglied

Wahlversammlung des OKV

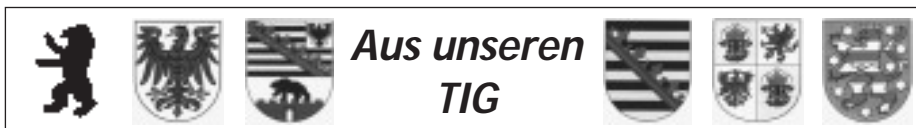
Am 13. November fand in Berlin die Wahlversammlung des Ostdeutschen Kuratoriums von

Verbänden (OKV) statt. Der langjährige Präsident Prof. Dr. Wolfgang Richter, der aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr kandidierte, erstattete den Bericht über die Arbeit der letzten zwei Jahre.

Zum neuen Präsidenten wurde Prof. Dr. Siegfried Prokop, zum ersten Vizepräsidenten Gerhard Bombal (VS) gewählt.

Die weiteren Vizepräsidenten Prof. Dr. Uwe-Jens Heuer (PDS) und Dr. Gerhard Dylla (ISOR e.V.) wurden wiedergewählt, Gerd Julius (GBM) und der Schatzmeister Siegfried Kraus (IGA) wurden neu gewählt. Als Schriftführer wurde Dieter Becker bestätigt.

Der Vorstand der ISOR e.V. gratuliert dem Vorstand des OKV zur Wahl und wünscht Erfolge bei der Vertretung der ostdeutschen Interessen.



Im August diesen Jahres rief die Vorsitzende des PDS-Stadtvorstandes Agnes Descher dazu auf, in **Plauen** ein Bündnis für soziale Gerechtigkeit zu schaffen.

Im Ergebnis der Konstituierung wurde folgende »Gründungserklärung des Bündnisses für soziale Gerechtigkeit« veröffentlicht: *Wir, die Unterzeichner dieser Erklärung schätzen ein, dass sich die derzeitige Politik der Bundesregierung gegen die Mehrheit der Menschen in diesem Land richtet. Deshalb haben wir uns als breites gesellschaftliches Bündnis gegründet. Wir wollen, unabhängig von ideologischen Grundrichtungen gemeinsam mit den Menschen, die mehr soziale Gerechtigkeit wünschen, den Kampf gegen die Agenda 2010 und ihre verheerenden Folgen für das soziale Gleichgewicht aufnehmen. Wir wollen:*

- über die wahren Hintergründe und Auswirkungen der Agenda 2010 Informieren
- Alternativen suchen und aufzeigen
- Bündnisstrukturen aufbauen, mit allen die etwas gegen den Sozialabbau unternehmen wollen
- Aktionen und Proteste organisieren, um die Rücknahme der sozialfeindlichen Regelungen zu erreichen.

Mit der derzeit vorherrschenden Politik werden ausschließlich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Arbeitslosen und ganz allgemein die sozial Schwachen belastet. Deshalb fordern wir:

- die Wiedereinführung der Vermögenssteuer
- eine gerechtere Besteuerung von Unternehmensgewinnen, vor allem der Großunternehmen
- die stärkere und durchgehende Besteuerung von Devisen- und Aktienhandel, sowie von Gewinnen aus Immobilienspekulationen

- die Beseitigung von Steuerschlupflöchern
- den Erhalt und den Ausbau der Solidarversicherung für alle Einkommensarten und Bevölkerungsschichten.

Gerechte Steuerpolitik ist die Voraussetzung für eine gerechte Sozialpolitik!

Was wird uns mit der Agenda 2010 zugemutet:

1. Drastische Verschärfung der Zumutbarkeitsregelungen für die Arbeitsplatzsuchenden
2. Mehrbelastung bei Zahnersatz, Krankengeld, Medikamenten und Arztbesuchen
3. Abkopplung der Lohnersatzleistungen von der Lohnentwicklung
4. Reduzierung der Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfeniveau
5. Verringerung zukünftiger Renten und der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld

In Folge dieser Politik steht den Menschen immer weniger Geld zum privaten Konsum zur Verfügung. Deshalb wird es zunehmend fragwürdiger, ob es zu dem (von der Bundesregierung erhofften) wirtschaftlichen Aufschwung kommen wird, da die Binnennachfrage als Motor der Wirtschaft weiter geschwächt wird. Zudem trägt diese Politik zur Vergrößerung der Kluft zwischen Arm und Reich bei.

Die Initiatoren dieses Bündnisses setzen sich dafür ein, dass es endlich wieder zu einer sozial gerechten und ausgeglichenen Politik kommt. Gehen wir in die Offensive, zeigen wir Flagge, hören wir endlich auf, uns alles gefallen zu lassen! Schließen Sie sich unserem Bündnis an!

Die Erstunterzeichner sind folgende Organisationen: Attac Plauen und Vogtland / PDS Vogtland-Plauen / GRH e.V. TAG Plauen / GBM e.V. AG Plauen / ISOR e.V. TIG Plauen/Oelsnitz / Bundesgrenzschutzverband OV Plauen und Einzelpersonen **Karl Heinz Jentsch**

Auf Ersuchen des Vorstandes der TIG **Plauen/Oelsnitz** gewährte uns das Mitglied des Bundestages, Herr Rolf Schwanitz, am 28. Oktober diesen Jahres ein Gespräch, das in freundlicher Atmosphäre ablief.

Karl Heinz Jentsch trug den Standpunkt des TIG-Vorstandes vor, übte Kritik an der Sozialpolitik von Rot-Grün und machte zugleich auf Handlungsbedarf beim Gesetzgeber aufmerksam.

Herr Schwanitz wurde darüber informiert, dass der ISOR-Vorstand Berlin eine Arbeitsgruppe unter Leitung des Vorsitzenden Horst Parton ins Leben gerufen hat, um einen Gesetzestext mit politischer Begründung zu formulieren, der Rentenstrafrecht und Versorgungsgerechtigkeiten überwinden soll sozusagen als weitere Initiative nach dem Scheitern des Gesetzesvorstoßes von Mecklenburg/Vorpommern. Ihm wurde ein Exemplar von **ISOR aktuell** Nr. 10/2003 überreicht.

Herr Schwanitz äußerte Verständnis für unseren Standpunkt und unsere Forderungen. Im Gegenzug verlangt er Verständnis für seine entgegengesetzte Position und die Verteidigung des 2. AAÜG-ÄndG als Ergebnis einer veränderten Rechtslage nach den Urteilen des BVerfG. Handlungsbedarf sieht er für den Gesetzgeber erst, wenn neue Urteile des BVerfG vorliegen. Außerdem verwies er auf die 3-jährige wirtschaftliche Stagnation und leere Kassen, die zusätzliche finanzielle Belastungen ausschließen. Außerdem könnten in der gegenwärtigen Situation der Belastungen den Bürger Gesetzesregelungen zur Besserstellung von Sonder- und Zusatzversorgten nicht verständlich gemacht werden.

Wir lassen uns aber nicht unterkriegen!

Karl Heinz Jentsch



9:02 Uhr am 1. November ab Leipzig Hbf, 12 Uhr an Berlin-Alexanderplatz. Auch eine Gruppe der TIG **Leipzig** war zur ersten Großdemonstration gegen den sozialen Kahlschlag vor Ort.

Beeindruckend die nicht erwartete hohe Anzahl von Demonstranten, die Vielzahl von Frauen und Männern aller Altersklassen, Mitgliedern von Gewerkschaften, Parteien, Organisationen, Vereinen und Verbänden – sich einig im öffentlichen Auftreten gegen den massiven Abbau sozialer Leistungen, vor allem auf Kosten der Mehrheit der Arbeitenden, der Arbeitslosen, der sozial schwachen Bürger und der Rentner. Beeindruckend aber auch Einigkeit zu wichtigen Teilen alternativer Lösungsvorschläge.

Unseren Teilnehmern mit 80 und 75 Jahren waren die Anstrengungen des Marsches anzusehen. Aber auf der Rückfahrt zeigten das Gespräch und der Gedankenaustausch bei uns Begeisterung und Freude darüber, dabei gewesen zu sein. Das bestärkt uns erneut darin, dass breiter Widerstand gegen den Sozialabbau machbar ist, die Mitglieder der TIG dazu ihren Beitrag einbringen müssen und dies gleichzeitig auch ein Beitrag gegen die Beibehaltung des Rentenstrafrechts ist.

Wenn unsere Eindrücke und Erlebnisse vom 1. November noch weitere Mitglieder der TIG zur Teilnahme an öffentlichen Protesten ermuntern – die Montagsdemos gegen Sozialabbau in Leipzig werden auch 2004 nicht ausbleiben – sind wir wieder ein Stück im solidari-schen Handeln weiter gekommen.

★

Ende Oktober führten wir in Wurzen unsere Mitgliederversammlung unter der Thematik »Wer kämpft kann verlieren – wer nicht kämpft hat schon verloren« mit rund 60 Teilnehmern durch. Daran haben auch Freunde der TIG **Oschatz, Eilenburg, Grimma und Torgau** teilgenommen. Als Gäste begrüßten wir ganz herzlich die Mitglieder des Vorstandes Dr. Gerhard Dylla und Wolfgang Schmidt sowie Wolfgang Henter aus Leipzig. Sie haben durch ihre Beiträge wesentlich dazu beigetragen, dass eine aufgeschlossene und konstruktive Diskussion folgte. Man konnte und musste einschätzen dass in Wurzen trotz vieler Absagen durch die Politiker aller Parteien – außer PDS – keine Müdigkeit herrscht. Mit kampffentschlossenen Beiträgen werden wir auf unserer Ebene den Kampf gegen das Rentenstrafrecht verstärkt weiterführen. Am Schluss unserer MV haben wir einmütig ein Protestschreiben an die Ministerin Ulla Schmidt verabschiedet.

Wenn in Leipzig wieder Demos stattfinden, werden wir als Wurzen TIG teilnehmen und unseren Unmut kundtun.

Übrigens: Am 1. November haben 20 Freunde unserer TIG an der Kampfdemo in Berlin teilgenommen.

Günter Volkmer, Stellverteter Vors.

★

Podiumsdiskussion in Chemnitz

Unter der Losung »Für eine soziale Alternative zur Agenda 2010« fand im November 2003

eine Podiumsdiskussion statt, die von der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrechten und Menschenwürde e.V. (GBM) Chemnitz durchgeführt wurde.

Unter den Teilnehmern herrschte Einmütigkeit, dass der von der Regierung beschlossene Marsch ins soziale Abseits beendet werden muss. Mehrfach kam zum Ausdruck: »Jeder von uns ist betroffen« und »was die Regierung Kohl sich nicht leisten konnte wird heute verwirklicht«.

Die Wahlversprechen bleiben auf der Strecke, und es wächst die Wut der Betroffenen. Betont wurde, dass der Grund für den Angriff auf die sozialen Sicherungssysteme nicht die alternde Gesellschaft, sondern die Arbeitslosigkeit, die unnötig hohen Rüstungsausgaben und das bestehende Prinzip der Umverteilung ist.

Angesichts dieser Situation kann nur breiter, bewusster Widerstand das Schlimmste verhindern. Die tatsächlichen Zusammenhänge, Wirkungen und Folgen des Sozialabbaus, der besonders im Osten Deutschlands zu katastrophalen Verhältnissen führen wird, sind den Menschen zu vermitteln. Gleichzeitig sind realisierbare Alternativen der sozialen Gerechtigkeit umfassend zu popularisieren. In einem Appell der Teilnehmer wurden diese sichtbar gemacht, so z. B.

- ▶ statt Arbeitslose in die Armut zu treiben - Schaffung von Arbeitsplätzen durch Umverteilung von Arbeit
- ▶ statt Ausgrenzung im Gesundheitswesen - Schaffung einer Bürgerversicherung, Beschränkung der wachsenden Gewinne der Pharmaindustrie
- ▶ statt Schulschließung - Verbesserung der Qualität der Schulbildung
- ▶ statt Verunglimpfung berechtigter Forderungen der Bürger in den neuen Ländern - Angleichung der Arbeitseinkommen und Renten, Schließung vorhandener Überführungslücken und Beseitigung willkürlicher Bemessungsgrenzen

▶ statt »Verteidigung« Deutschlands am Hindukusch – Abrüstung und Friedenspolitik.

Schluss mit Steuergeschenken für die Reichen!

Der machtvollen Demonstration in Berlin müssen in naher Zukunft weitere Massenaktionen folgen.

Horst Beckert

★

Am 20.11.2003 führte die TIG **Köpenick** ihre Gesamtmitgliederversammlung durch. Im »Sportcasino Eiche«, das bis auf den letzten Platz belegt war, verdeutlichte uns Prof. Dr. Horst Bischoff in seiner ihm eigenen lebhaften und alle Mitglieder erreichenden Vortragsweise, dass unser Kampf gegen das Rentenstrafrecht und noch bestehende Rentenungerechtigkeiten fest eingebettet in den gesamtgesellschaftlichen Kampf gegen den Sozialabbau ist und dieser staatlich verordnete Sozialabbau zugleich den Hintergrund darstellt, auf dem wir uns mit unseren legitimen Forderungen bewegen. Vor unseren Mitgliedern und Gästen brachte er viele uns bewegende Fragen auf den Punkt, so dass der Vorstand und Mitglieder der TIG sich gut gerüstet für die nächste Zeit fühlen. Das drücken nachfolgende Standpunkte und Aufgabenstellungen aus:

1. Unser Wirken geht in Richtung Solidarität mit den Arbeitern und Angestellten und ihren Gewerkschaften, mit den kleinen Unternehmern, Gewerbetreibenden und Freiberuflern, die oft nur Dank permanenter Selbstausbeutung existieren können. Unser Kampf geht gegen die Angleichung der Löhne, Gehälter und Rentenwerte von West nach Ost, statt umgekehrt - und hier eingebettet ist auch und bleibt unser Kampf gegen das Rentenstrafrecht. Eine solche Solidargemeinschaft, die geschaffen und gepflegt werden muss, wirkt auch dem Streben unserer politischen Gegner entgegen, uns zu vereinzeln und auszugrenzen.

2. Wir stehen hinter der PDS-Position gegen den Sozialabbau und unterstützen vollinhaltlich ihre seniorenpolitischen Standpunkte, weil sie auf den Erhalt des Sozialsystems durch Umbau, nicht auf Abbau orientieren.

Karikatur: Breuer, Waren



3. Wir unterstützen diesbezüglich nachhaltig den Vorschlag des Vorstandes, dass sich alle ISOR - Mitglieder persönlich an den oder die für ihren Bereich zuständige(n) Bundestagsabgeordnete(n) schriftlich wenden, um deren Bereitschaft einen persönlichen Beitrag zur Konsolidierung des scheinbar angeschlagenen Bundeshaushaltes zu leisten, einzufordern.

4. Was unsere wiederholten Forderungen nach Rentengerechtigkeit betrifft, so sind und bleiben wir aber Realisten und verlieren nicht den Hinweis unseres Referenten aus den Augen, dass wir uns in einem Spannungsfeld zwischen Pessimismus und Optimismus befinden. Aber unser Kampf hat auch etwas mit dem Anspruch des Alters auf Respekt für unsere Lebensleistung zu tun. Und die möchten wir doch wohl zumindest für alle 4 Bereiche unserer Sonderversorgungssysteme eingefordert wissen. Gemäß dem Auftrag der Vertreterkonferenz wird deshalb der Kampf bis zur Beseitigung des Rentenstrafrechtes, d.h. Rente bis zur Beitragsbemessungsgrenze für alle noch von der Rentenstrafe betroffenen Freunde fortgesetzt.

5. Wir stellten fest, dass das bereits Erreichte in unserem Kampf aber auch nicht ohne ge-

wisse Kompromissbereitschaft möglich war und sein wird. Das schließt auch die Fähigkeit ein, der anderen Seite ein Maximum an Forderungen abzurufen. In der Gesellschaft in der wir leben und die zu ändern wir gegenwärtig nicht in der Lage sind, nützen uns keine großen Sprüche und revolutionäre Phrasen. Es geht einfach darum, das für uns Mögliche zu erreichen.

6. Das Problem der sogenannten Bestandsrentner bzw. die Fragen der Vergleichsrentenberechnung lassen uns noch ein großes Feld offen, hier kräftig in jeder Weise nachzustoßen und weiter hartnäckig dranzubleiben, wie uns viele Beispiele zeigen.

7. Wir müssen und werden zusammenbleiben. Nur in der Gemeinschaft der ISOR-Mitglieder von NVA, DVP, Zoll und MfS können wir auch in Zukunft etwas bewegen. Die Geschichte hat uns vielfach bewiesen, wer sich auseinander dividieren lässt, hat die Schlacht bereits verloren. Die Kraft an uns selbst zu glauben, bekommen wir nicht von »oben«, sondern geben sie uns selbst.

Wir haben im Ergebnis der Mitgliederversammlung viele Anrufe von Mitgliedern erhalten, die diese Zusammenkunft als äußerst gelungen und interessant befanden. **Klaus Buchner**

In ihrer Jahresversammlung am 28.11. zog die TIG **Wismar** eine insgesamt erfolgreiche Bilanz ihrer Arbeit im zurückliegenden Jahr. Sie verfügt über gefestigte Strukturen; Kassierung und Zeitungsverteilung sowie der Kontakt zu den Mitgliedern funktionieren dank der Aktivität unserer Kassierer/Gruppenbetreuer.

Die umsichtige und kontinuierliche Arbeit in unserer TIG zur Mitgliedergewinnung bewirkte, dass unsere Mitgliederzahl trotz der auch bei uns immer wieder auftretenden Todesfälle und der sich in den letzten Jahren verschlechternden Wirkungsbedingungen stetig leicht angewachsen ist.

Eine Sammlung zugunsten der finanziellen Unterstützung der »Demonstration gegen sozialen Kahlschlag« am 1.11. erbrachte einen Betrag von über 50,00 €, der auf das Konto der Organisatoren überweisen wurde; »ISOR Wismar« wurde daraufhin auch als Unterstützer auf der Website der Veranstalter aufgeführt. Zur Demonstration selbst fuhren sieben Teilnehmer aus unserer TIG.

Lutz Tannhäuser

ISOR gratuliert allen Jubilaren, besonders:

zum 93. Geburtstag:

Herta Bretschneider, Schwarzenberg
Willy Eckert, Chemnitz
Helmut Vater, Löbau

zum 92. Geburtstag:

Fritz Kraban, Bln.-Hohenschönhausen

zum 90. Geburtstag:

Alois Koller, Leipzig

zum 88. Geburtstag:

Rudolf Bergner, Dresden

zum 87. Geburtstag:

Felix Schneider, Bln.-Karlshorst
Elfriede Krause, Dessau
Johanna Ziewitz, Gera

zum 86. Geburtstag:

Anni Aßmann, Rostock
Johanna Schmidt, Eisenhüttenstadt

zum 85. Geburtstag:

Karl Becke, Jena
Elfriede Krahn, Jena

zum 80. Geburtstag:

Horst Brühmann, Bln.-Treptow
Harry Büchner, Helbra
Gertrud Ehrig, Zwickau
Maria Frenzel, Aschersleben
Rosemarie Füg, Gera
Erich Hillert, Rostock
Stefan Janik, Ilmenau
Hildegard Kade, Chemnitz

Prof. Dr. Karl-Heinz Kelch

Bln.-Pankow
Helga Polte, Magdeburg
Karl-Heinz Rätzel, Chemnitz
Irmgard Rieß, Bln.-Mitte
Helmut Schäfer, Bln.-Treptow
Ursula Schneider, Bln.-Friedrichshain
Erika Singer, Bln.-Hellersdorf
Rosemarie Sommer, Potsdam-Schlaatz
Irmgard Swenson, Zernsdorf
Heinz Waterstrat, Potsdam-Babelsberg
Margarete Werner, Bannewitz

zum 75. Geburtstag:

Armin Backofen, Bln.-Hellersdorf
Christa Bellmann, Bln.-Köpenick
Dietrich Buettner, Bln.-Friedrichsfelde
Hans Carlsohn, Bln.-Hohenschönhausen
Ingeburg Cieselski, Bln.-Mitte
Günther Claus, Bln.-Lichtenberg
Elfriede Dannenberg, Bln.-Friedrichshain
Manfred Dietze, Bln.-Hohenschönhausen
Manfred Eisenreich, Schwarzenberg
Anneliese Fickenwirth, Chemnitz
Hans-Jochen Findewirth, Magdeburg
Wally Furchheim, Bln.-Lichtenberg
Werner Gaudigs, Bln.-Hohenschönh.
Manfred Giese, Bln.-Hellersdorf
Wilfried Hahn, Potsdam-Schlaatz
Klaus Heinrich, Schwerin
Christa Herold, Chemnitz
Eberhard Herzbruch, Stendal
Gisela Heuwold, Aschersleben
Heinz Horbank, Bln.-Mitte

Horst Jähne

Bln.-Köpenick
Waltraud Jost, Bln.-Hohenschönh.
Hanni Julemann, Potsdam-West
Erich Kebbedies, Königs Wusterhausen
Inge König, Suhl
Paul Kohlstedt, Bln.-Friedrichshain
Rolf Kretschmar, Bln.-Lichtenberg
Siegfried Küchler, Bln.-Friedrichshain
Lucia Löffler, Schwerin
Christa Marschhauser, Bln.-Lichtenberg
Horst Matschenz, Bln.-Marzahn
Erika Nestler, Leipzig
Johanna Niebergall, Bln.-Marzahn
Dieter Pape, Bln.-Lichtenberg
Willi Peters, Bln.-Marzahn
Heinz Petzold, Bln.-Hellersdorf
Horst Raue, Dresden
Gert Röhligh, Suhl
Günter Schlichthaar, Bln.-Friedrichshain
Günter Schneider, Potsdam-Stern
Hans-Georg Schneider, Bln.-Köpenick
Heinz Schöne, Chemnitz
Horst Schönherr, Reifland
Kurt Scholz, Bernau
Günter Schulz, Bln.-Friedrichsfelde
Kurt Schulz, Stralsund
Gerhard Seidel, Bln.-Lichtenberg
Marie Settner, Suhl
Werner Tausch, Bln.-Lichtenberg
Siegfried Theunert, Dresden
Hans Wengler, Greifswald
Elfriede Wieland, Chemnitz
Wolfgang Wünsche, Bln.-Prenzl. Berg
Maria Ziegenhagen, Schwerin

**Vorstand, Geschäftsstelle
und Redaktion wünschen
allen Freundinnen,
Freunden und
Sympathisanten erholsame
Feiertage und ein im Sinne
unseres Anliegens
erfolgreiches Jahr 2004**



Bekanntmachung:

Die Geschäftsstelle der ISOR e.V. bleibt in der Zeit

vom 24.12.2003 bis 2.01.2004

geschlossen. In dieser Zeit finden auch keine Sprechstunden der AG Recht statt. Die nächste Sprechstunde der AG Recht findet am 06.01.04 statt.

In Kürze:

Die TIG **Güstrow** konnte sich weiterhin personell stärken. Fünf Mitglieder wurden neu gewonnen. Damit ist eine der Zielsetzungen für das Jahr 2003 erfüllt.

Walter Krüger

Bei anderen gelesen:

Über das 3. Treffen der TIG der Altmark und des Elb-Havel-Winkels Ende September in Jeggeleben berichten die Salzwedeler Volksstimme und die Altmark-Zeitung. In letzterer war zu lesen: **Jeggeleben ... Merkel-Rente: 277 Jahre zahlen ... Ehemalige Angehörige der bewaffneten ... Organe für Rentenrecht von Hans Günther Arndt.**

»Die Einschnitte bei den Renten für ehemalige Angehörige der bewaffneten Organe und des Zolls der DDR wurden damit be-

gründet, dass dieser Personenkreis vor der Wende Privilegien besaß. Per Rentenüberleitungsvertrag sollten diese im nachhinein abgebaut werden«, legt der Vorsitzende der Interessengemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Polizisten, Offiziere und Zollbeamter (ISOR), Horst Parton, dar. Die Betroffenen aus der Altmark trafen sich am Sonnabend, um weiter gegen das auf sie angewandte Rentenstrafrecht zu kämpfen. Der Redner sagte, dass heute bei den Regierungsmitgliedern wohl eher Privilegien existieren als bei den "Ehemaligen": "Wir wissen, dass gespart werden muss, und wir sind auch nicht grundsätzlich gegen Reformen. Aber es wird nur bei den Arbeitnehmern, bei den Rentnern und bei den Armen gespart. Regierungsmitglieder", nannte der Redner nur ein Beispiel, "hätten durchschnittliche Rentenansprüche von über 7000 € monatlich.

Um auf gleiche Ansprüche zu kommen, wie, sie Angela Merkel bereits jetzt besitzt, müsste ein durchschnittlicher Arbeitnehmer 277 Jahre arbeiten und in die Rentenkasse einzahlen! Mit diesen Fakten beleuchtete das ISOR-Treffen nicht nur die Interessen einer Minderheit, sondern die aller Bürger. Obwohl Vertreter aller Parteien eingeladen waren, war nur Landtagsabgeordneter Hans Jörg Krause (PDS) dabei.

Von unseren Mitgliedern auf dem Büchermarkt:

Neu: Adolf Kristas (Pseudonym Eduard v. Wosilovskis) »Der Sohn des Sankt Hubertus« über Jagd und Wild. Portofreie Lieferung durch den WAGE-Verlag 18195 Tessin (Meckl.)
Tel.: 038205-12902 - Fax: 12901

Noch erhältlich: Manfred Liebscher »Im Paradies der Erinnerungen« Nora-Verlag Berlin; 22,50 € (ISBN 3-935445-78-4) bzw. beim Autor (Tel. 030-94 62 881) zum Autorenpreis von 17 € (Vgl. **ISOR aktuell** Nr. 10/02)

von Mitglied zu Mitglied:

Pension und Ferienzimmer/Ferienwohnungen in **Mala Upa** (Riesengebirge) und **Dedinky** (Slowakische Republik) Tel.: (00420) 499 111

Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder

SIEGFRIED BUSCH, Vietmannsdorf
WOLFGANG BÖHM, Frankfurt/Oder
HEINZ BROSK, Potsdam-Hubertusdamm
IRENE BÜSING, Bln.-Mitte
WERNER EICHLER, Leipzig
WILFRIED FINK, Neubrandenburg
REINHARD GRUHL, Großenhain
BERNHARD GÜTSCHOW, Rostock
MANFRED HAHN, Schwerin
ADOLF HALBICH, Bln.-Hohenschönh.
ROSEL HEINEL, Aue
EBERHARD HENKE, Bln.-Friedrichsfelde
ERICH HERTEL, Dresden
KLAUS HOFMANN, Bln.-Hohenschönh.
RUDOLF HOLEY, Plauen
GERHARD HOLLMANN, Pößneck
KURT KARCZEWSKI, Bln.-Köpenick
MAX KOSKO, Berlin-Hellersdorf
INGE KRAMER, Zwickau
WALTER KRAMER, Herrenburg
HEINZ KUNKEL, Golm
JOSEF LEDER, Dabel
MANFRED LINDNER, Zwickau
REINHARD LINKE, Bln.-Treptow
WILFRIED LÖHNING, Potsdam-Schlaatz
HELENE MEYER, Leipzig
KARL-HEINZ MÖLLER, Bernau
LEO PRISKE, Bad Saarow-Pieskow
FRANK RADKIEWICZ, Bln.-Hohenschönh.
EBERHARD RICHTER, Erkner
ELFRIEDE RICHTER, Radebeul
WILLI SCHLÄWICKE, Neuenhagen
HARALD SCHMIDT, Suhl
SIEGFRIED SCHÖN, Bln.-Marzahn
HORST SOMMER, Magdeburg
HANS STEUSCHKE, Bln.-Hohenschönh.
PETER STEYER, Bln.-Treptow
MR DR. MED. MANFRED STRAUSS, Binz
REINHOLD SUTTNER, Leipzig
LOTHAR THÄSLER, Rostock
HANS-JÜRGEN VOSS, Schwerin
HERBERT WEIDHAAS, Bln.-Hohenschönh.
DIETER WELLERSHAUS, Bln.-Pankow
FRED WENDLANDT, Berlin-Hellersdorf
HELGA WIELOCH, Cottbus

Ehre ihrem Andenken.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 2.12.2003

Einstellung im Internet: 3 Tage nach Redaktionsschluss.

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. - Postfach 700423 - 10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Dienstag 9 bis 12 Uhr

Jeden 1. und 3. Donnerstag 15 bis 18 Uhr